

GFBV-BERICHT

Gefangen im Teufelskreis >>>

ZWANGSMIGRATION VON ROMA, ASCHKALI UND BALKAN-ÄGYPTER
AUS DEM KOSOVO



GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER

DEUTSCHE ZUSAMMENFASSUNG

In den letzten Jahren war die Situation der Roma, Aschkali und der Balkan-Ägypter im Kosovo – und insbesondere die Situation derer, die bereits aus Westeuropa wieder in ihr Herkunftsland abgeschoben wurden – Thema mehrerer Publikationen. Dieser Bericht nimmt einen bisher wenig beachteten Aspekt ihrer Situation in den Blick, nämlich dass sowohl die westeuropäische Rückführungspolitik als auch die Wiedereingliederungspolitik im Kosovo Tausende Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter in einen fortwährenden Migrationskreislauf zwingen. Sie finden in Europa buchstäblich keinen Platz zum Bleiben.

Zehntausende Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter waren vor, während oder im Anschluss an den Konflikt von 1998/1999 gezwungen, vorübergehend Zuflucht in Westeuropa zu suchen. Jene, die diesen vorübergehenden Schutzstatus wieder verloren haben und in den Kosovo zurückzukehren mussten, sind dort entweder nie angekommen oder haben den Kosovo kurz darauf wieder verlassen. Diejenigen, die nicht in den Kosovo zurückgekehrt sind, haben entweder versucht, in anderen westeuropäischen Ländern unterzukommen und ihren Lebensunterhalt zu verdienen – oder sie sind im ursprünglichen Aufnahmeland untergetaucht. Die deutsche Bundesregierung schätzt, dass 75 % derjenigen, die einen Ausweisungsbescheid erhalten, vor ihrer geplanten Rückführung in den Untergrund gehen. Jene, die repatriiert wurden, entscheiden sich in der Regel, den Kosovo wieder zu verlassen. Entweder beschliessen sie, in einem der Slums in Serbien zu wohnen – oder sie machen sich erneut auf den Weg zurück nach Westeuropa. Im Zeitraum von 2004 bis 2013 haben allein in Deutschland rund 28 000 Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter ihren temporären Aufenthaltsstatus verloren und waren folglich gezwungen, Deutschland wieder zu verlassen. Ein paar tausend Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter waren in anderen westeuropäischen Ländern wie Österreich, Belgien, Frankreich, der Schweiz und in Schweden mit derselben Situation konfrontiert. Auch gab es Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter, die freiwillig von Westeuropa zurück in den Kosovo wollten: Es gibt rund 7 400 registrierte Fälle, in denen Roma, Aschkali oder Balkan-Ägypter aus den Nachbarländern (Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien) in den Kosovo zurückgekehrt sind.

Allerdings ist seit dem Jahr 2000 die Zahl der im Kosovo lebenden Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter nicht entsprechend angestiegen. Offensichtlich sind die meisten derer, die ihren vorübergehenden Status in Westeuropa verloren haben, nie wirklich in den Kosovo zurückgekehrt – oder sie haben das Land kurz darauf wieder verlassen. Die meisten leben scheinbar fortan ohne legalen Status in Westeuropa, andere könnten eine anderweitige Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, nachdem sie ihren Schutzstatus verloren haben.

Um weitere Informationen über den anhaltenden Migrationskreislauf zu erhalten, hat die GfbV im Winter 2014/2015 eine Umfrage unter Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern durchgeführt, die in den Kosovo zurückgekehrt sind (40 Haushalte), sowie unter Rückkehrern, die nach ihrer Rückführung in den Kosovo nach Serbien weitergezogen sind (30 Haushalte). Wie unsere Untersuchung zeigte, äusserten nur 7%, dass sie gerne im Kosovo leben wollen. Die Interviews in Serbien lieferten ähnlichen Ergebnisse: 8,6% erklärten, dass sie gerne in Serbien leben wollen. Mehr als die Hälfte der Haushalte in Serbien verfügt inzwischen über eine feste Adresse in Serbien sowie über entsprechende Reisedokumente, die sie für visumfreie Reisen nach Westeuropa nutzen können. Mehrere der Befragten gaben an, dass sie nicht noch einmal ein Asylverfahren in Westeuropa anstreben, sondern stattdessen versuchen würden, sich im Gastland als informelle Einwanderinnen und Einwanderer niederzulassen. Hauptzielland für eine Rückkehr nach Westeuropa ist nach wie vor Deutschland. 52,5% der Haushalte, die nach Westeuropa zurückkehren wollen, zieht es nach Deutschland, etwa 13,5% nach Schweden.

Als die GfbV die befragten Haushalte Ende Juli/Anfang August 2015 erneut befragen wollte, waren viele von ihnen schon wieder fort. Nur sieben der 40 Haushalte im Kosovo (17,5%) waren noch vor Ort – die restlichen 33 hatten das Land wieder verlassen – und 15 der 30 Haushalte in Serbien (50%) waren wieder nach Westeuropa zurückgekehrt.

Nach offiziellen Angaben der deutschen Bundesregierung haben 1827 Roma aus dem Kosovo im Zeitraum von Januar bis März 2015 neue Asylanträge gestellt. Das Innenministerium (MIA) des Kosovo hat keine genauen Zahlen zur Anzahl derer, die insgesamt den Kosovo wieder verlassen haben – aber es gibt Informationen über die Anzahl derer, die nach ihrer Rückkehr finanzielle Unterstützung aus dem MIA-Fonds erhalten haben und nun nicht mehr im Kosovo leben: Im Zeitraum von Januar 2014 bis Juni 2015 haben 218 Roma, die Leistungen aus dem Reintegrationsfonds erhalten haben, den Kosovo wieder verlassen.

Im Kosovo ist die Beschäftigungssituation für Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter schlecht – insbesondere für die RückkehrerInnen. Die GfbV-Umfrage ergab, dass es in keiner der Rückkehrer-Familien im Kosovo ein Familienmitglied mit regulärer Beschäftigung gab, während 16 der Haushalte (40%) in der Lage waren, ein Einkommen aus informeller Arbeit zu erzielen. Von den Rückkehrerinnen und Rückkehrern, die nach Serbien weitergezogen waren, gingen mehr als Hälfte (60%) einer informellen Beschäftigung nach – insbesondere das Sammeln von wiederverwertbaren Materialien – und eine der Personen hatte einen regulären Job. In vielen Familien gab es während der Aufenthalte in Westeuropa mindes-

tens eine Person in einem formellen Beschäftigungsverhältnis oder in informeller Beschäftigung.

Die Umfrage zeigt auch interessante Unterschiede im Hinblick auf Geldüberweisungen und Sozialleistungen. Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter, die nach ihrer Rückkehr im Kosovo geblieben sind, waren deutlich stärker von Überweisungen von Verwandten in Westeuropa abhängig als jene, die nach Serbien weitergezogen sind. Nur sieben der 30 Familien in Serbien (23,3 %) erhalten Überweisungen von Verwandten, während 31 der 40 Familien im Kosovo (77,5 %) solche Überweisungen als eine ihrer Einnahmequellen nennen. Andererseits nannten nur sechs der Familien im Kosovo (15 %), aber fünfzehn der Familien in Serbien (50 %), Sozialleistungen als Einnahmequelle. Die GfbV-Umfrage zeigt, dass Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter, die von Verwandten in Westeuropa unterstützt werden, eher versuchen, im Kosovo zu bleiben. RückkehrerInnen, die nicht auf eine solche Unterstützung vertrauen können, zieht es hingegen oft weiter nach Serbien. Der leichtere Zugang zu Sozialleistungen in Serbien scheint einer der wichtigsten Gründe zu sein, den Kosovo in Richtung Serbien zu verlassen.

Obwohl die Wohnverhältnisse der Befragten in Serbien schlechter sind als die der Befragten im Kosovo, zieht es RückkehrerInnen häufig weiter nach Serbien. Dabei scheint auch der Zugang zu Wohnraum im Kosovo eine wichtige Rolle zu spielen: 50% der Befragten, die nach Serbien weitergezogen waren, gaben an, dass ihre Häuser im Kosovo entweder zerstört oder von Kosovo-Albanern besetzt worden waren (oder eine Kombination aus beidem).

Diskriminierung und Ausgrenzung, die Straflosigkeit für Verbrechen gegen die Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im Kosovo sowie mangelnde Kenntnisse der Sprache sind weitere Gründe, den Kosovo zu verlassen. Alle befragten Haushalte im Kosovo gaben an, dass sie sich im Kosovo sicher fühlen, während 70% der Haushalte, die nach Serbien weitergezogen waren, erklärten, dass sie sich im Kosovo nicht sicher fühlen könnten.

Die Zwangsrückführung von Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter in den Kosovo hat noch weitere negative wirtschaftliche Auswirkungen. So werden die ursprünglich im Kosovo zurückgebliebenen Familienmitglieder einer ihrer Haupteinnahmequellen beraubt: den Überweisungen von Verwandten in Westeuropa. Das führt dazu, dass auch Menschen den Kosovo verlassen (müssen), die lieber bleiben würden, sofern sie von Familienangehörigen in Westeuropa ausreichend Unterstützung bekommen könnten.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine Rückkehr nur von Dauer sein kann, wenn Voraussetzungen geschaffen werden, die den Rückkehrerinnen und Rückkehrern eine

dauerhafte Perspektive bieten. In erster Linie geht es hier um die Bereitstellung von Unterkünften und um die grundlegende Sicherung des Lebensunterhalts. Keine dieser Voraussetzungen ist im Kosovo erfüllt.

DIE GESCHEITERTE POLITIK

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen, dass in Westeuropa wissentlich eine unhaltbare, teure, diskriminierende und widersprüchliche Rückführungspolitik aufrecht erhalten wird, die auf drei miteinander verbundenen Säulen beruht: (i) Ignorieren der tatsächlichen Situation der drei Volksgruppen im Kosovo, d.h. die strukturelle und kumulative Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind – wodurch ihnen das Recht auf ein Leben in Würde vorenthalten wird; (ii) Verweigerung des Rechts, in Westeuropa bleiben zu dürfen; (iii) Toleranz gegenüber einer fehlgeleiteten Wiedereingliederungspolitik der Behörden im Kosovo.

Grund für diese Art der Politik könnte sein, dass die westeuropäischen Regierungen versuchen, Ressentiments gegenüber Einwandererinnen und Einwandern im Allgemeinen (und speziell gegenüber den Roma) im eigenen Land aufzugreifen, um zu zeigen, dass man nicht allzu viel Rücksicht auf MigrantenInnen oder Roma nehmen will. Sie wissen, dass der sogenannte Asylmissbrauch durch «Balkan-Zigeuner» sich gut eignet, um in der öffentlichen Debatte eine härtere Gangart in der Frage der Migration aus den westlichen Balkanstaaten zu rechtfertigen. Die westeuropäischen Behörden ignorieren die tatsächliche Situation – und sie weigern sich, die Gründe der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter für das Verlassen des Kosovo ernsthaft zu hinterfragen, da man ihnen sonst nicht verweigern dürfte, in Westeuropa zu bleiben.

Der Regierung im Kosovo muss die Tatsache bekannt sein, dass die eigenen Bürger – Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter – aufgrund der gescheiterten Integrationspolitik fortziehen. Doch den Behörden im Kosovo ist auch klar, dass Westeuropa sie für die gescheiterte Integrationspolitik gegenüber den Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern nicht ernsthaft kritisieren wird. Primär geht es der Regierung im Kosovo darum, die Voraussetzungen für die Visaliberalisierung und den Zugang zur Europäischen Union – zumindest auf dem Papier – zu erfüllen. Gleichzeitig scheint die Europäische Union zufrieden zu sein, wenn die Vorgaben zumindest formal erfüllt sind. Die Kosovo-Regierung hat auch in der Vergangenheit mehrfach erklärt, dass es die Kapazitäten des Landes überschreiten würde, wenn alle ausgewiesenen Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter innerhalb eines kurzen Zeitraums zurückkehren würden.

Andererseits herrscht Einigkeit darüber, dass Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im Kosovo diskriminiert werden, dass die überwiegende Mehrheit in prekären Verhältnissen und in extremer Armut lebt – und dass jene, die gewaltsam aus

Westeuropa wieder in ihr Herkunftsland abgeschoben werden, davon noch stärker betroffen sind. Weiterhin sind sich alle relevanten Akteure darüber einig, dass die bestehenden Strategien und Gesetze zur Integration der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im Allgemeinen, sowie insbesondere der RückkehrerInnen, bisher kaum umgesetzt werden. Die Behörden im Kosovo haben eine Strategie zur Wiedereingliederung von Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus Westeuropa entwickelt, die primär das Ziel verfolgt, die von der Europäischen Union vorgegebenen Bedingungen für die Visaliberalisierung zu erfüllen. Allerdings basiert diese Strategie vor allem auf einer Analyse der Situation der kosovo-albanischen RückkehrerInnen, weshalb die spezifische Situation und die Bedürfnisse der Roma, Aschkali und der Balkan-Ägypter ausser Acht gelassen wurden. Es gibt noch keine brauchbaren Ansätze, wie man der ethnischen Diskriminierung der drei Gruppen im Kosovo (im Hinblick auf Wohnraum, den Arbeitsmarkt, Zugang zum Gesundheitssystem sowie zum Bildungssystem) wirksam entgegenzutreten könnte. Vernachlässigt wird auch die Tatsache, dass viele von ihnen vor einem bewaffneten Konflikt oder vor Menschenrechtsverletzungen geflohen sind, dass viele ihrer Siedlungen total zerstört oder illegal besetzt sind, und dass seit dem Ende des Konflikts im Jahr 1999 keiner der Täter für die zahlreichen Verbrechen gegen die Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter vor Gericht gestellt wurde. Obwohl die Diskriminierung und die Straflosigkeit für die an ihnen begangenen Verbrechen ernsthafte Hindernisse für eine dauerhafte Rückkehr darstellen, werden diese Aspekte im Rahmen der Kosovo-Wiedereingliederungspolitik kaum angesprochen.

RÜCKKEHR IST NICHT GLEICH RÜCKKEHR

Die Wiedereingliederungspolitik in Bezug auf RückkehrerInnen aus Westeuropa beruht implizit auf den Annahmen, dass die Betroffenen den Kosovo aus wirtschaftlichen Gründen verlassen haben, dass sie leicht wieder zurückkehren können und dass sie keines umfassenden Hilfsprogramms bedürfen.

Dass eine andere Politik möglich ist, zeigen die Beispiele der Wiedereingliederungsbemühungen in Bezug auf Vertriebene, die in Ländern in der Region (Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Kroatien) Zuflucht gefunden haben. Ein Grossteil dieser Vertriebenen sind Kosovo-Serben, doch die Anzahl der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter ist beträchtlich. Die Politik stützt sich aber auf ganz andere Annahmen. In der Regierungsstrategie für die Rückkehr von vertriebenen Minderheitenangehörigen für den Zeitraum 2014–2018 werden Vertriebene als Menschen definiert, die «zwischen Januar 1998 und Ende März 2004 vor allem als Folge der bewaffneten Auseinandersetzungen gezwungen waren/wurden, ihren Wohnort dauerhaft zu verlassen, um der allgemeinen Situation der Gewalt oder Verletzungen der Menschenrechte zu entkommen».

Im Rahmen der Rückkehrpolitik wird potenziellen Rückkehrerinnen und Rückkehrern ein umfassendes Paket angeboten, das den Wiederaufbau von Häusern und der Infrastruktur sowie ein Einkommen beinhaltet. Ein solches umfassendes Angebot gilt jedoch nicht für Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter, die aus Westeuropa zurückkehren – obwohl viele vor einem bewaffneten Konflikt oder vor Menschenrechtsverletzungen geflohen sind und bei ihrer Rückkehr Diskriminierungen erleiden mussten. Die Ungleichbehandlung besteht darin, dass Personen, die nach Montenegro, Serbien oder Mazedonien geflohen sind, als Flüchtlinge gelten. Sie können in der Regel auf umfassende Unterstützung bei der Reintegration (einschliesslich des Wiederaufbaus von Wohnungen) vertrauen. Hingegen werden Personen, die nach Westeuropa geflohen sind, nicht als Flüchtlinge anerkannt (selbst wenn sie am selben Tag aus denselben Gründen aus demselben Dorf geflohen sind). Ihnen wird keine umfassende Integrationshilfe zuteil.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auf einen weiteren Widerspruch in der westeuropäischen Politik hinzuweisen. Während einerseits die Zwangsrückführung der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter aus Westeuropa in den Kosovo vorangetrieben wird, hat die Europäische Union die Regierungen der Beitrittsländer über einen längeren Zeitraum hinweg aufgefordert, Binnenvertriebenen und Flüchtlingen aus dem Kosovo eine «echte Wahlmöglichkeit zwischen dauerhafter Rückkehr und Integration» zu bieten (auch im Rahmen der Europäischen Partnerschaft mit Serbien und Montenegro).

Aufgrund der unzureichenden (Re-)Integrationspolitik für RückkehrerInnen, der Nicht-Umsetzung der Regierungsstrategie zur Integration der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im Kosovo sowie der fortwährenden Diskriminierung und Ausgrenzung der Mitglieder dieser Gemeinschaften, neigen diese dazu, das Land (wieder) zu verlassen. Sie werden in einen Kreislauf ständiger Migration und in ein unsicheres Leben in der «Illegalität» gedrängt, das sie auch für Menschenhandel anfällig macht, mit all seinen negativen Folgen. Zudem wachsen verlorene Generationen von Kindern und jungen Erwachsenen heran, die an den Rand gedrängt werden und keinen Zugang zu höherer Bildung oder beruflicher Qualifikation haben. Es gibt keinen Platz für sie in Europa – weder im Kosovo, noch in Westeuropa, noch anderswo in der Region.

Die jüngste Entscheidung der deutschen Regierung sowie das Vorhaben der Europäischen Kommission, den Kosovo als sicheres Herkunftsland einzustufen, wird nicht zur Verbesserung der Situation der drei Gruppen beitragen. Man kann sogar von einer Verschlechterung der Situation ausgehen.

In diesem sogenannten «sicheren» Land werden immer noch rund 4600 Soldaten der internationalen Schutztruppe benötigt, um die Sicherheit zu gewährleisten. Die in diesem Bericht dargelegten Fakten zeigen, dass der Kosovo für Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter keineswegs ein sicheres Herkunftsland ist, sondern dass sie struktureller und kumulativer Diskriminierung ausgesetzt sind. Diese Volksgruppen werden unmenschlich und erniedrigend behandelt. Alle relevanten Akteure, die Europäische Kommission, die Regierung des Kosovo und die Regierungen der westeuropäischen Länder, müssen sich der verheerenden Konsequenzen ihrer gescheiterten Politik bewusst werden und diese umgehend ändern, anstatt den Kosovo als sicheres Herkunftsland zu erklären.

EMPFEHLUNGEN

Die Gesellschaft für bedrohte Völker fordert daher die Europäische Union, die Regierungen in Westeuropa sowie die Regierung des Kosovo auf, die Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter nicht länger in einen Kreislauf permanenter Migration und in ein Leben in der Illegalität und in Unsicherheit zu drängen.

Allgemein:

- Alle Beteiligten sollten ihre Politik auf Fakten stützen und die Ist-Situation der drei Gruppen anerkennen: Aufgrund der Diskriminierung und Ausgrenzung ist es den meisten von ihnen unmöglich, im Kosovo unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben.

An die Europäische Union und die Regierungen in Westeuropa:

- Die Europäische Union und die westeuropäischen Regierungen sollten die Entscheidung, den Kosovo als sicheres Herkunftsland zu deklarieren, revidieren.
- Die Europäische Union und die westeuropäischen Regierungen müssen den Kreislauf ständiger Migration stoppen, indem sie gut integrierten Familien die Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht bieten.
- Die westeuropäischen Regierungen müssen aufhören, gut integrierte Kinder in den Kosovo abzuschicken, wo sie nie zuvor gelebt haben und nicht einmal die Sprache sprechen.
- Die westeuropäischen Regierungen sollten in Westeuropa temporäre und dauerhafte Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter aus dem Kosovo schaffen. Wenn diese Personen dann ihre Familien im Kosovo finanziell unterstützen, könnte dies auch weitere Migrationsbewegungen begrenzen.

- Die Europäische Union und die westeuropäischen Regierungen sollten die Regierung des Kosovo stärker in Bezug auf eine nachhaltige Integration der drei Volksgruppen im Kosovo unterstützen – mit finanziellen Mitteln, politischen Anreizen und Expertise. Insbesondere müssen alle Beteiligten für einen besseren Zugang zu angemessenem Wohnraum, für mehr Beschäftigung und für eine Verbesserung der Bildung sorgen.

An die Regierung des Kosovo:

- Die Regierung des Kosovo muss die Diskriminierung und die Ausgrenzung der drei Volksgruppen im Kosovo als grundlegendes Faktum anerkennen – einschliesslich der an ihnen verübten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen, insbesondere im Anschluss an den bewaffneten Konflikt. In diesem Zusammenhang sollte die Regierung mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und in einen Versöhnungsprozess eintreten. Beides ist unverzichtbar für eine nachhaltige Integration der drei Volksgruppen im Kosovo.
- Die Regierung muss die bestehenden Strategien und Gesetze zur Integration der drei Gruppen tatsächlich umzusetzen und die Reintegrationspolitik so anpassen, dass sie den Bedürfnissen und Rechten der Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter gerecht wird.



Den ausführlichen Bericht «Lost in Transition» auf Englisch finden Sie unter:
www.gfbv.ch/kosovo

Impressum

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz
Schermenweg 154, CH-3072 Ostermundigen

www.gfbv.ch

info@gfbv.ch

Tel.: ++ 41 (0)31 939 00 00

AutorInnen: Angela Mattli and Stephan Müller

Umfrage: Dzafer Buzoli, Dejan Markovic

Unter Mitwirkung von: Jasna Causevic, GfbV-D

Herzlichen Dank an: Daryl Snell, MIA
(Fahrije Ternava, Driton Halili), RADC (Bekim Syla)

Layout: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz

Fotos: © Beat Schweizer, www.beatschweizer.com

Publikationsdatum: November 2015

MIT DER GFBV FÜR MENSCHENRECHTE

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Sie dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und vertritt die Interessen der Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern. Sie unterstützt lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern und arbeitet national sowie international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Die GfbV hat sowohl beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO als auch beim Europarat.



WERDEN SIE AKTIV – UNTERSTÜTZEN SIE UNS!

Unser Engagement ist nur mit Ihrer Unterstützung möglich. Mit Ihrer Mitgliedschaft oder Ihrer Spende unterstützen wir Minderheiten und indigene Völker in der ganzen Welt.

Melden Sie sich an unter: www.gfbv.ch/aktiv_werden
Herzlichen Dank!



www.gfbv.ch